



Aargau Verkehr AG (AVA), Hintere Bahnhofstrasse 48, 5000 Aarau

Einreichung als e-Gesuch

Bundesamt für Verkehr
Sektion Bewilligungen II
Herr Paul Flury
Postfach
3003 Bern

Aarau, 30. September 2024

BAV-Nr.: 2019/0458

Aargau Verkehr AG (AVA): Projekt «Doppelspurausbau BDB Dietikon», Ergänzung zum eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsgesuch (Projektänderung)

Sehr geehrter Herr Flury, sehr geehrte Damen und Herren

Mit Gesuch vom 31.07.2019 (nachfolgend «PGV 2019») hat die Aargau Verkehr AG (AVA) dem Bundesamt für Verkehr (BAV) das Projekt «Doppelspurausbau BDB Dietikon» (nachfolgend «Projekt») zur Durchführung des eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahrens mit Umweltverträglichkeitsprüfung eingereicht.

In der Zwischenzeit wurde das Projekt in diversen Bereichen optimiert. Die AVA reicht Ihnen deshalb während des laufenden Plangenehmigungsverfahrens die beiliegende Projektänderung (nachfolgend «PGV 2024») ein und stellt – ergänzend zum Plangenehmigungsgesuch vom 31.07.2019 – den folgenden

ANTRAG

Es sei gestützt auf Art. 18 EBG i.V.m. Art. 5 Abs. 1 VPVE das Projekt «Doppelspurausbau BDB Dietikon» mit der beiliegenden Projektänderung zu genehmigen.

BEGRÜNDUNG

A. Projektänderung

¹ Die AVA hat das Projekt insbesondere in den folgenden Punkten geändert:

Abschnitt Nord:

- Marginale Anpassung der Gleisgeometrie im Übergang Bestand im Bereich Oberdorfstrasse
- Anpassung der Möblierungselemente bei der Haltestelle Schöneeggstrasse
- Optimierung der Velofurt bei der Haltestelle Schöneeggstrasse
- Anpassung der Gehwege an bestehende Parzellengrenzen
- Anpassung Kreisel Guggenbühlstrasse an gültige Norm des Tiefbauamts des Kantons Zürich (TBA)

- Optimierung Standorte Fahrleitungs- und Beleuchtungskandelaber

Abschnitt Mitte:

- Anpassung der Möblierungselemente bei der Haltestelle Bergfrieden
- Marginale Anpassung Geometrie Haltestelle
- Anpassung der Gehwege an bestehende Parzellengrenzen
- Optimierung Standorte Fahrleitungs- und Beleuchtungskandelaber

Abschnitt Süd:

- Reduktion Fahrbahnfläche (Weglassen Sperrfläche) im Bereich Bremgartnerstrasse 132 - 136 zugunsten Vergrößerung Grünfläche (Hitzeminderung)
- Anpassung der Gehwege an bestehende Parzellengrenzen
- Optimierung Knoten Bernstrasse (Verbesserung Verkehrssicherheit) in Zusammenarbeit mit dem TBA
- Anpassung einzelner Veloquerungen
- Treppe anstelle Rampe bei Haltestelle Stoffelbach
- Anpassung der Möblierungselemente bei der Haltestelle Stoffelbach
- Anpassung Parkplätze Haltestelle Stoffelbach inkl. Ein- und Überfahrten
- Böschungssicherung mit Winkelgitter und Absturzsicherung
- Anpassung Strassengeometrie Stoffelbachstrasse
- Marginale Anpassungen am Bachdurchlass Stoffelbach
- Anpassung Gleisgeometrie Kurveninnenseite Bernstrasse Richtung Bremgarten
- Optimierung Standorte Fahrleitungs- und Beleuchtungskandelaber

Abschnitt Bernstrasse:

- Marginale Anpassungen am Bachdurchlass Tobelbach
- Anpassung temporäre Waldbeanspruchung
- Optimierung Standorte Fahrleitungs- und Beleuchtungskandelaber
- Marginale Anpassungen Technikkabine Stoffelbach

² Mit diesen Änderungen wurde das Projekt optimiert sowie einzelne Rückmeldungen der Ämter, neue Normalien, das Road-Safety-Audit (RSA) und einzelne Einsprachepunkte in das Projekt eingearbeitet. Die Änderungen haben teilweise auch Auswirkungen auf den geplanten Land- und Rechtserwerb.

³ Die Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Projektänderungsdossier.

B. Aufbau des Projektänderungsdossiers

⁴ Das Projektänderungsdossier ist im Hinblick auf die öffentliche Auflage wie folgt aufgebaut:

- «Schachtel 1»: Dieser Teil des Projektänderungsdossiers enthält die wesentlichen Änderungen im Sinne von Art. 5 Abs. 1 VPVE. Es handelt sich dabei insbesondere um Änderungen, welche die von Land- und/oder Rechtserwerb betroffenen Grundeigentümer resp. bisherige Einsprachen tangieren. Dieser Teil ist öffentlich aufzulegen und wird deshalb mit dem Hinweis «Auflagerelevant» bezeichnet.

- «Schachtel 2»: Dieser Teil des Projektänderungsdossiers enthält technische Präzisierungen und Aktualisierungen des Bestands sowie von Drittprojekten zu Handen des BAV. Dieser Teil der Unterlagen wird lediglich zur Information bzw. zum besseren Verständnis der Unterlagen öffentlich aufgelegt, weshalb er – im Hinblick auf die öffentliche Auflage – mit dem Hinweis «Informative Unterlagen» versehen ist.
- «Schachtel 3»: Um den Betroffenen während der öffentlichen Auflage des Projektänderungsdossiers den Direktvergleich zwischen dem PGV 2019 und der gesuchsgegenständlichen Projektänderung zu ermöglichen, wird das PGV 2019 als «Schachtel 3» während der öffentlichen Auflage ebenfalls (zur Information) zur Verfügung gestellt.

⁵ Im Projektänderungsdossier Beilage Nr. 26 (Schachtel 1) hat die AVA in den Situationsplänen, den Landerwerbsplänen sowie in der Landerwerbstabelle die Projektänderungen hervorgehoben. Bei den Situationsplänen hat sie hierfür die Planungsstände PGV 2024 und PV 2019 übereinandergelegt und mit ergänzenden Hinweisen versehen. Beim Landerwerbsplan mit dem Planungsstand PGV 2024 hat sie zur Information die Kästchen aus dem ursprünglich eingereichten Plangenehmigungsgesuch (PGV 2019) in brauner Farbe dargestellt, um bezüglich des geplanten Land- und Rechtserwerbs den Vergleich zwischen den zwei Planungsständen 2019 und 2024 zu vereinfachen. Die AVA hat zudem auf diesen Plänen darauf hingewiesen, dass Einsprachen und Forderungsanmeldungen nur gegen Projektänderungen – d.h. Abweichungen vom PGV 2019 – zulässig sind.

C. Rechtliches

⁶ Die AVA reicht dem BAV während des laufenden, ordentlichen Plangenehmigungsverfahrens für das Projekt die vorliegende Projektänderung ein.

⁷ Das ursprüngliche Gesuch wurde am 31.07.2019 – und damit vor Inkrafttreten des revidierten Enteignungsgesetzes (per 01.01.2021) – eingereicht. Das hängige eisenbahnrechtliche Plangenehmigungsverfahren und die Projektänderung richten sich demnach nach bisherigem Recht, das heisst insbesondere nach den Art. 18 ff. des Eisenbahngesetzes (aEBG [Fassung 2020]) und dem Bundesgesetz über die Enteignung (aEntG [Fassung 2012]).

⁸ Gemäss Art. 5 Abs. 1 VPVE sind wesentliche Projektänderungen während des Plangenehmigungsverfahrens den Betroffenen erneut zur Stellungnahme zu unterbreiten oder gegebenenfalls öffentlich aufzulegen. In Anlehnung an die Voraussetzungen gemäss Art. 18i EBG (für ein vereinfachtes Verfahren bzw. einen Verzicht auf eine öffentliche Auflage) geht die AVA davon aus, dass die vorliegende Projektänderung öffentlich aufzulegen ist.

⁹ Vor der öffentlichen Auflage des Projektänderungsgesuchs müssen die Veränderungen, welche die Projektänderung im Gelände bewirkt, sichtbar gemacht werden (Art. 18c Abs. 1 aEBG i.V.m. Art. 15 aEntG). Sie werden insbesondere mit Markierungen und farblich gekennzeichneten Pflöcken ausgesteckt; für allfällig geplante Hochbauten werden Profile aufgestellt. Die Aussteckung bleibt während der öffentlichen Planaufgabe bestehen. Soweit die Verkehrssicherheit beeinträchtigt würde, wird auf Profile und Pflöcke verzichtet. Bezüglich der Details wird auf den Aussteckungsplan im Projektänderungsdossier verwiesen.

¹⁰ Auch für die Umsetzung der Projektänderung werden während der Bauphase und im Endzustand Grundstücke Dritter beansprucht. Es ist das Ziel der AVA, den Erwerb der erforderlichen Rechte bzw. des erforderlichen Landerwerbs ausseramtlich zu regeln. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass die AVA mit einzelnen Betroffenen keine ausseramtliche Einigung finden kann. Allfällige Enteignungen sind somit auch im Rahmen der Projektänderung nicht auszuschliessen. Für detaillierte Informationen verweisen wir auf das Projektänderungsdossier.

- ¹¹ Vor der öffentlichen Auflage wird die AVA die persönliche Anzeige gemäss Art. 18e aEBG inklusive Anzeige der Aussteckung gemäss Art. 18c aEBG i.V.m. Art. 15 aEntG versenden.
- ¹² Zwecks zeitlicher Koordination der Aussteckung der Projektänderung, des Versands der vorerwähnten Anzeigen an die Betroffenen und der öffentlichen Auflage wird sich die AVA nach Freigabe durch das BAV direkt mit der für die Publikation zuständigen kantonalen Behörde in Verbindung setzen. Diese Koordination ist für die AVA und den korrekten Ablauf des Verfahrens unerlässlich.
- ¹³ Gemäss der aktuellen Planung sollen die persönlichen Anzeigen am 23. Oktober 2024 versandt werden. Die öffentliche Auflage ist vom 18.11.2024 bis 17.12.2024 geplant.
- ¹⁴ Für die öffentliche Auflage in der Gemeinde wird die AVA das Projektänderungsdossier nach der Freigabe durch das BAV gerne direkt der Stadt Dietikon (1 Kopie des e-Gesuchs, ohne Schachtel 3) zukommen lassen. Die Stadt Dietikon teilte der AVA auf Anfrage mit, dass sie noch über ein komplettes Dossier des PGV 2019 verfügt. Dieses vorhandene Dossier steht als «Schachtel 3» während der öffentlichen Auflage vor Ort zur Verfügung.

D. Weitere Angaben

- ¹⁵ Wir bitten Sie, sämtliche Korrespondenz während des Plangenehmigungsverfahrens an folgende Adresse zu richten:

Aargau Verkehr AG (AVA)
Mathias Grünenfelder
Hintere Bahnhofstrasse 48
5000 Aarau

Für allfällige Fragen steht Ihnen der zuständige Gesamtprojektleiter, Mathias Grünenfelder (Tel.: +41 62 832 83 03; E-Mail: mathias.gruenenfelder@aargauverkehr.ch), gerne zur Verfügung.

Wir bedanken uns für Ihre geschätzten Bemühungen und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Aargau Verkehr AG (AVA)

Mathias Grünenfelder

Michelle Badertscher

Beilagen:

- 1 Projektänderungsdossiers (digital)